

Kurz berichtet

FDP kritisiert Geheimhaltung von Anmeldezahlen an Schulen

STUTTGART (kab) - Wie viele Schüler melden sich an welcher konkreten Schule an? Die FDP im Stuttgarter Landtag pocht darauf, diese Zahlen offenzulegen – und liegt seit Monaten in dieser Frage im Clinch mit Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU). Noch in dieser Legislaturperiode wolle die FDP einen Gesetzesentwurf einbringen, um das Landesinformationsfreiheitsgesetz zu ändern, sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke der „Schwäbischen Zeitung“. Auf dieses beruft sich Eisenmann. Paragraf 4 im Gesetz schützt einzelne Schulen vor einer Transparenz, die dazu führen könnte, dass Eltern in ihrem Wahlverhalten beeinflusst würden. Sie könnten fälschlicherweise einen Rückschluss von den Anmeldezahlen auf die Qualität der Schule ziehen, so Eisenmanns Argument.



Hans-Ulrich Rülke FOTO: DPA

Landesregierung unsere Arbeit als Oppositionsfraktion erheblich ein und hält sich eine unliebsame öffentliche Diskussion vom Hals.“

Auch der Salemer FDP-Abgeordnete Klaus Hoher will sich mit Eisenmanns Erklärungen nicht zufrieden geben. Er spricht von „Geheimniskrämerei“, die sich auch an anderen Stellen zeige. So habe das Ministerium den Abgeordneten, die danach fragten, Zahlen zum Unterrichtsausfall an den Schulen in ihren Wahlkreisen übermittelt. Aber auch diese dürften sie nicht veröffentlichen. „Es ist uns schleierhaft, wie die Kultusministerin bei über 4000 Schulen Qualitätsverbesserungen erreichen will, wenn sie den Bürgern entscheidende Informationen über die Schule vor Ort vorenthält.“

Die Aussichten für eine von der FDP gewünschte Änderung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes sind schlecht. Als Oppositionspartei hat sie keine Mehrheit im Landtag. In Stefan Brink, Landesbeauftragter für die Informationsfreiheit, hat die Fraktion derzeit einen Unterstützer. Er hatte die Passage im Gesetz als „baden-württembergischen Sonderweg“ kritisiert, der „handwerklich schlecht und unverständlich“ sei. Kein anderes Bundesland handhabte die Anmeldezahlen so, hatte Brink erklärt.

Fund männlicher Leiche in Göppingen gibt Rätsel auf

GÖPPINGEN (lsw) - Unweit eines Einkaufszentrums in Göppingen ist die Leiche eines bislang unbekanntes Mannes entdeckt worden. Nach Auskunft der Polizei lag der Tote am Sonntagmorgen zwischen einer Schule und einem Einkaufsmarkt auf dem Boden, als er von einem Passanten gegen 8.30 Uhr entdeckt wurde. Die Polizei ermittelt in alle Richtungen auch wegen Verdachts eines Tötungsdeliktes. Zunächst war völlig unklar, um wen es sich bei dem toten Mann handelt. Die Polizei konnte dazu noch nichts sagen. Auch wie der Mann zu Tode kam, hat die Polizei noch nicht bekanntgegeben.

Mann sitzt auf Dach von Ex-Freundin fest

ULM (lsw) - Weil ihn seine Ex-Freundin nicht in die Wohnung lassen wollte, hat ein Mann den Weg zu ihr übers Dach gesucht – kam aber dann nicht mehr von alleine herunter. Wie die Polizei am Samstag mitteilte, holte die Feuerwehr den angetrunkenen 24-Jährigen in Ulm mit einer Drehleiter vom Hausdach. Die Ex-Freundin des Mannes habe am Freitagmorgen auf sein Klingeln nicht die Tür geöffnet, erklärte ein Polizeisprecher. Der 24-Jährige kletterte daraufhin über die Dachrinne auf das Dach des Nachbarhauses. Von dort arbeitete er sich bis zum Dachfenster seiner Ex-Freundin vor und klopfte. Das blieb jedoch ohne Resonanz. „Ein Abstieg auf der Aufstiegsroute war nicht möglich, so dass der Mann auf der Suche nach einem Abstieg auf dem Dach umherirrte“, beschreibt der Polizeisprecher in seinem Pressebericht den Vorgang. Zeugen bemerkten den Mann und verständigten die Polizei. Ein Alkoholtest ergab einen Wert von über ein Promille.

Tuttlingens OB Beck im Amt bestätigt

TUTTLINGEN (iw) - Bei seiner zweiten Wiederwahl zum Oberbürgermeister von Tuttlingen hat Amtsinhaber Michael Beck 91,7 Prozent der Stimmen bekommen. Der 58-Jährige hatte keinen Gegenkandidaten. Die Wahlbeteiligung lag bei 17,6 Prozent. 8,3 Prozent der gültigen Stimmen entfielen auf andere Namen, die auf den Stimmentzettel eingetragen wurden. Der Amtsinhaber wusste alle Fraktionen des Gemeinderats hinter sich. Als Großprojekt mit einer Summe von rund 60 Millionen Euro steht im kommenden Jahr die Sanierung der beiden Gymnasien in Tuttlingen an. Auch die Neugestaltung des Bahnhofs samt Areal ist ein wegweisendes Projekt.

Hannah-Höch-Preis für Malerin Monika Baer

BERLIN (lsw) - Die in Berlin lebende und arbeitende Malerin Monika Baer ist mit dem Hannah-Höch-Preis ausgezeichnet worden. Er ist mit 25 000 Euro dotiert. Die Förderkommission Bildende Kunst des Berliner Senats würdigte das umfangreiche Werk der 55-Jährigen Künstlerin, die in Freiburg im Breisgau geboren wurde. „Baers seriell angelegte Werkkomplexe bedienen sich unterschiedlichster malerischer Techniken und Ansätze“, hieß es in einer Mitteilung der Kultursenatsverwaltung. Den mit 10 000 Euro dotierten Förderpreis bekam Natascha Sadr Haghghighian. Die 52 Jahre alte Installations- und Videokünstlerin gestaltete den deutschen Pavillon bei der Biennale in Venedig 2019. Die Werke der Preisträgerinnen sind vom 13. Juni bis 9. August 2020 im Neuen Berliner Kunstverein zu sehen. Der Hannah-Höch-Preis wird seit 1996 von der Kultursenatsverwaltung des Berliner Senats verliehen.



Wer auf dem Land wohnt, zahlt mitunter hohe Beträge dafür, dass seine Kinder zur Schule gebracht werden, argumentieren die Eltern. ARCHIVFOTO: DPA

Streit um kostenlose Schulbusse geht weiter

Eltern gehen beim Bundesverwaltungsgericht gegen Entscheidung aus Mannheim vor

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Sie haben schon zwei Niederlagen einstecken müssen, dennoch kämpfen sie weiter: Eine Gruppe von Eltern aus Baden-Württemberg fordert kostenfreie Schulbusse. Ihr Argument: Bildungsgerechtigkeit darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Nun ziehen sie vors Bundesverwaltungsgericht.

Ein bisschen bitter, aber dennoch hoffnungsvoll klingt Stephan Ertle. Er ist Sprecher der Initiative „Eltern für Elternrechte in Baden Württemberg“, die der Leutkircher mit weiteren Mitstreitern 2013 offiziell gegründet hat. Der Kampf gegen die Kosten für den Transport der Schüler reicht aber noch weiter zurück. „In Mannheim haben wir erlebt, dass die Justiz vor der Politik eingeknickt ist“, sagt Ertle. Er meint das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Mannheim vom Juli. Es war schon die zweite Instanz, vor der die Elterninitiative mit ihrem Anliegen scheiterte. Den ersten Schlag hat ihr zuvor das Verwaltungsgericht in Sigmaringen beschert.

Für die Eltern ist klar: In Baden-Württemberg gibt es keine Bildungs-

gerechtigkeit. Das begründen sie so: Gerade wer auf dem Land wohnt, zahlt mitunter hohe Beträge dafür, dass seine Kinder zur Schule gebracht werden. Überschreitet der Schulbus dabei die Grenzen von Landkreisen oder Verkehrsverbünden, wird es noch teurer. Familie Eckhardt aus Waldenbuch im Kreis Böblingen hat das jahrelang erlebt. Für ihre beiden Töchter haben die Eckhardts je 117 Euro pro Monat bezahlt, damit diese zur Geschwister-Scholl-Gemeinschaftsschule im rund 20 Kilometer entfernten Tübingen pendeln konnten. Unter anderem hatten sie gegen die Busgebühren geklagt – mit Unterstützung der Elterninitiative.

Und sie sind es auch, die nun stellvertretend für viele andere Eltern im Land das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig anrufen. „Unsere Kinder betrifft es gar nicht mehr, aber wir machen trotzdem weiter“, sagt Mutter Wiebke Eckhardt. Es gehe nicht nur um ihre persönliche Geschichte, sondern um eine grundsätzliche Ungerechtigkeit, sagt sie. „Es gibt eben nicht die allgemeine Bildung für alle.“

Knapp 200 Millionen Euro zahlt das Land den Kreisen für die Schülerbeförderung. Die Eltern legen nach eigenen Erhebungen 235 Millionen obendrauf. Das deckt sich mit Zahlen des Landkreistags. Die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin Nathalie Münz hatte am Rande der Verhandlung in Mannheim betont, dass dieses Geld längst nicht reiche. Die Kreise steuerten jährlich 65 Millionen Euro bei. Dieses Argument lassen die Eltern nicht gelten. Es gebe keinerlei Transparenz darüber, wofür die Kreise das Geld der Eltern verwendeten, kritisiert Ertle. Er spricht sogar von Zweckentfremdung, da die Kreise ihren Busverkehr insgesamt mit dem Elterngeld quer-

subventionierten. Besonders geärgert habe ihn in Mannheim eine Aussage des Vorsitzenden Richters Andreas Ernst. Der hatte darauf hingewiesen, dass die Schüler ihre Tickets auch in der Freizeit nutzen und Bus fahren könnten. „Da verkauft man eine Leistung mit, die es nicht gibt“, sagt Ertle. Im ländlichen Raum gebe es schließlich zum Teil keine Busse am Nachmittag.

Dennoch: Die Mannheimer Richter konnten keinen rechtlichen Anspruch auf freie Schülerbeförderung erkennen: nicht in der Landesverfassung, auch nicht in nationalem oder gar internationalem Recht. Dem Gutachten des renommierten Verfassungsrechtlers Thomas Würtenberger, das die Elterninitiative eingeholt hatte, folgten sie damit nicht.

Damit wollen sich die Eltern nicht abfinden und haben vor wenigen Tagen ein Revisionsgesuch gegen das Mannheimer Urteil beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Das bestätigt eine Sprecherin. Zunächst gehe es aber darum, ob die Revision überhaupt zugelassen werde, sagt sie. „Nur wenn das so ist, beschäftigt sich das Bundesverwaltungsgericht mit den Inhalten.“

„Da verkauft man eine Leistung mit, die es nicht gibt.“

Stephan Ertle, Sprecher der Initiative „Eltern für Elternrechte in Baden Württemberg“, über das Argument, dass Schüler ihre Tickets auch in der Freizeit nutzen könnten.

Zugvögel aus dem Südwesten früher als sonst auf dem Weg in die Winterquartiere

Inzwischen bleiben allerdings auch viele Vögel hier

WANGEN (lsw) - Trotz des ungewöhnlich warmen Wetters im Oktober haben sich die meisten Zugvögel bereits auf den Weg in ihre Winterquartiere gemacht. Wann die Tiere aufbrechen, wird nicht durch sinkende Temperaturen ausgelöst, sondern durch den Tag-Nacht-Wechsel, wie Georg Heine vom Naturschutzbund Wangen im Allgäu sagte.

Als erste Zugvögel hätten schon im August die Mauereisler den Süden Deutschlands verlassen. Ungeöhnlich in diesem Jahr war nach Angaben des Experten die große Zahl von Eichelhähern, die in den vergangenen zwei Wochen über Baden-Württemberg hinwegzogen. Man habe täglich mehrere Tausend Tiere beobachten können, die auf ihrer Reise in den Süden Frankreichs Zwischenstation in Deutschland machten. So eine Invasion von Eichelhähern komme nur alle paar Jahre vor, sagte der Vogelexperte. Die Gründe dafür seien unklar.

Seit einigen Jahren zögen auch Kraniche über Baden-Württemberg. Ursprünglich hätten die Kraniche auf ihrem Weg nach Frankreich und Spanien nur den Norden Deutschlands überquert, sagte Heine. In den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren habe sich die Kranichpopulation aber so vergrößert, dass einige Tiere auch im Süden zu sehen seien. Ende der vergangenen Woche habe er einen Trupp von etwa 300 Kranichen über Wangen fliegen sehen, sagte Heine.

Immer mehr Kraniche und Störche seien auch im Winter hierzulande anzutreffen. Das liege aber nicht an höheren Temperaturen. Aufgrund der größeren Populationen fielen Überwinterer nur vermehrt auf.

Die Vorteile für die Vögel, in Deutschland zu bleiben, lägen auf der Hand: Wer hier überwinteren könne sich im Frühjahr die besten Brutplätze sichern, erklärte Heine.

Wenn das Nahrungsangebot hierzulande doch zu knapp werde, weil die Temperaturen zu stark sinken und die Böden frieren, könnten Kraniche und Störche schnell wärmere Gefilde erreichen. An einem Tag könnten sie etwa 500 Kilometer zurücklegen.

Auch viele Silberreier blieben inzwischen im Land. Vor 20 Jahren habe man diese Vogelart im Winter hier nicht gesehen, sagte Heine. Seit etwa zehn Jahren komme sie in Massen vor – in Baden-Württemberg gebe es Tausende Tiere. Am Bodensee leben zwischen Oktober und Februar außerdem bis zu einer Viertelmillion Wasservögel. Unter ihnen Tauchenten und Haubentaucher.



Kraniche ziehen seit einigen Jahren auf ihrem Weg in die Winterquartiere auch über Baden-Württemberg hinweg. FOTO: DPA

Schnakenjäger erwarten neuen Helikopter

SPEYER (lsw) - Mit viel Geduld und großer Vorfreude erwarten die Schnakenjäger am Rhein den dritten Hubschrauber für ihren Kampf gegen die Plagegeister. „Aktuell geplant ist, dass das Fluggerät Ende November in den USA auf ein Schiff geladen wird und zu uns kommt“, sagte Norbert Becker von der Kommunalen Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage (Kabs) in Speyer. Der Hubschrauber werde dann vor Weihnachten oder spätestens in der ersten Januarwoche in Deutschland erwartet und wohl in Hockenheim stationiert.

Viele Brutstätten können nur aus der Luft bekämpft werden. Vom Helikopter aus verteilt die Kabs den biologischen Wirkstoff Bti, der die Larven der Stechmücken tötet.

Insgesamt werden die Schnakenjäger dann über drei Hubschrauber verfügen. „Wir können nicht in ein beliebiges Flugzeug steigen, sondern brauchen spezielles Equipment“, betonte Becker. „GPS und allerlei Hightech kann man nicht einfach so ersetzen.“

Wegen defekter Helikopter hatten die Experten Anfang Juni die kleinen Blutsauger nicht wie gewohnt aus der Luft abtöten können – daraufhin waren fast alle Schnaken geschlüpft, was stellenweise zu einer Plage führte. Das Einsatzgebiet der Kabs reicht vom Kaiserstuhl im Süden bis Hesen im Norden und das rheinland-pfälzische Bingen im Westen. 97 Gemeinden und Landkreise sowie die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gehören ihr an.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945  
Erscheinungsweise: werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lachingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.  
Redaktion  
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)  
Stellf. Chefredakteure: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser, Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener; Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Tilippo Cataldo; Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlentrich; alle 88212 Ravensburg, Karstraße 16  
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf  
Redaktion Berlin: Sabine Lemarz  
Regionalreporter: Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub  
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.  
Druck: Drukhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag  
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler  
Karlsruhe 16, 88212 Ravensburg  
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499  
Anzeigentelefon 0751 / 2955-991139  
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil  
Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm  
Verantwortlich für Anzeigen: Michael Meyer-Böhm  
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt  
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann  
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Schebitz  
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 71 vom 1.3.2019. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokaledaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.  
Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555  
Telefax: 0751 / 29 555 556  
E-Mail: aboservice@schwabischzeitung.de  
E-Mail: redaktion@schwabischzeitung.de